



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Vom linken Mainufer : die Wahlen im südlichen Theil des  
Großherzogthums Hessen.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

Zollparlament gewähren dafür den Anhalt, seit sich gezeigt hat, daß directe Schritte bei den Eisenbahnverwaltungen keinen Erfolg haben.

Der Artikel 45 der norddeutschen Bundesverfassung sagt: „Dem Bunde steht die Controle über das Tarifwesen der Eisenbahnen zu. Derselbe wird namentlich dahin wirken, daß die möglichste Gleichmäßigkeit und Herabsetzung der Tarife erzielt, insbesondere, daß bei größeren Entfernungen für den Transport von Kohlen, Coaks, Holz, Erzen, Steinen, Salz, Roheisen, Düngungsmitteln und ähnlichen Gegenständen ein den Bedürfnissen der Landwirthschaft und Industrie entsprechender ermäßigter Tarif, und zwar zunächst thunlich der Einpfennigstarif eingeführt werde.“

Der Bund „wird dahin wirken“; er übernimmt also der Industrie und Landwirthschaft gegenüber eine directe Verpflichtung, deren Erfüllung er sich nicht entziehen kann, wenn gerechtfertigte Forderungen geltend gemacht werden. Es ist unzweifelhaft zunächst die Aufgabe des Reichstages, als einer Vertretung des Volkes, derartige Forderungen zu stellen.

Petitionen bei der Regierung, jetzt bei dem Bunde, sind in der That die einzigen Mittel, um Abhilfe zu schaffen, und wir hoffen, daß die Bundesgewalt, welche die Tarifrage für wichtig genug hielt, um ihr in der Bundesverfassung eine Stelle einzuräumen, der Erkenntniß die Ausführung in einer nicht allzufernen Zukunft folgen lassen werde.

Die großartige Schöpfung der Eisenbahnen bedurfte bei ihrem Entstehen der Unterstützungen des Staates. Der Staat hat sie, als die mächtigen Träger des großen Weltverkehrs, als die Boten der modernen Erfindung und Civilisation, in den Kreis staatlicher Institutionen hineingezogen, hat ihnen große Opfer gebracht, sich selbst aber das Oberaufsichtsrecht und jetzt beim Bunde neuerdings die Controle vorbehalten. Möchte er von diesem Recht bald möglichst den entsprechenden Gebrauch machen.

---

### Vom linken Mainufer:

Die Wahlen im südlichen Theil des Großherzogthums Hessen.

Auf der stuttgarter Versammlung im August v. J. hatte sich die nationale Partei über den Geist verständigt, in welchem die Zollparlamentswahlen betrieben werden sollten. Man beschloß aus ihnen ein Vehikel nicht nur zur wirthschaftlichen, sondern auch zur politischen Einigung Deutschlands zu machen. So selbstverständlich dieser Beschluß damals erscheinen mußte und

wie sehr er nachträglich durch den Umstand gerechtfertigt wurde, daß während der Wahlen und nach denselben Jedermann zunächst die politische Bedeutung derselben ins Auge faßte, es hatte doch das stuttgarter Programm innerhalb der nationalen Partei selbst einen heftigen Widerstand hervorgerufen, der sich auch im Großherzogthum Hessen sehr bemerklich machte und der eines der Haupthindernisse war und blieb, mit dem wir bei den Wahlen zu kämpfen hatten. In dem Ruf nach Fachleuten, der vielfach dem rein politischen Programm entgegengesetzt wurde, vereinigte sich eine Anzahl von unklaren Bestrebungen aller Art. Die Schwierigkeit der wirtschaftlichen Aufgaben des Zollparlamentes wurden in übertriebener Weise zur Geltung gebracht; alle die Gründe, mit denen man von jeher gegen parlamentarische Versammlungen zu Felde gezogen, wurden hervorgeholt, um sie gegen die politische Bedeutung des Zollparlamentes zu verwerthen. Der Parlamentarismus ist aber zu fest in unserem Volke gewurzelt, als daß nicht alle gegen denselben ins Treffen geführten Gründe der Bevölkerung ungewohnt und neu geblieben wären. Wenn man gegen die Halbwisserei der Politiker und für den ausschließlichen Beruf der Fachmänner agitirte, so that das die Dienste, die Alles Neue leistet; viele Gemüther wurden verwirrt und kamen erst zur Besinnung, als es für sie zu spät war. Daß sich auch die Regierung des Rufes nach „Fachmännern“ bediente, um die nationale Partei damit zu bekämpfen, versteht sich von selbst. Außerdem war die Entkleidung der Zollparlamentswahlen von jeder politischen Bedeutung das bequemste aller Programme, denn es öffnete Thür und Thor für alle denkbaren Compromisse, und zeigte statt der Anstrengung eines Wahlkampfes die beruhigende Perspektive eines behaglichen Gehenslassens. Daß hierbei natürlich die nationale Partei gegen die Mächte des Beharrens zu kurz kommen mußte, wurde von den Genossen, welche den stuttgarter Beschluß anfochten, übersehen. In jeder Partei kommen Leute vor, die jede politische Anstrengung scheuen, besonders häufig haufen dieselben aber in Mittelparteien. Die Motive der Bequemlichkeit und der Scheu vor Conflicten lagen stark ausgeprägt in Südhessen vor. Die Unmöglichkeit, trotz der Opposition des gesammten Landes und der Ereignisse von 1866 das Ministerium Dalwigk zu verdrängen, deprimirte die Massen, welche den Glauben an sich selbst und die Wahlen verloren hatten. Dazu kamen andere ungünstige Umstände. Einem Theil des Handels- und Gewerbestandes schmeichelte die Idee eines Fachmännerparlamentes. Man wollte eine Art Ostracismus gegen die politischen Führer der Partei ausüben. Die Devise „Fachmänner“ wurde als eine Freikarte ausgegeben, welche jede Mittelmäßigkeit zum Eintritt in das Zollparlament befähigen sollte.

Diese Nebel, die anfangs den Wahlhorizont verdunkelt hatten, verzogen sich aber, sobald die politischen Leidenschaften wach gerufen wurden. Der

Wahlaufruf der Fortschrittspartei — wie die nationale Partei bei uns heißt — vom 22. December v. J. trägt noch die Spuren des vorhergegangenen innern Kampfes und der Vorsicht deutlich an sich. Nach einer längeren Besprechung der wirtschaftlichen Ziele des Zollparlamentes wendet sich das Schlußwort in ziemlich abgeschwächter Weise zu der nationalen Aufgabe des Parlaments. Vor allem war es das Auftreten der Gegner, welches dem Wahlkampfe den entscheidenden Charakter gab.

Zu Anfang schienen alle Gegner der Fortschrittspartei darüber einig: die Bedeutung der bevorstehenden Wahlen möglichst gering anzuschlagen, die Bevölkerung in Gleichgültigkeit und Widerwillen gegen dieselben zu setzen und alle nationalen Bestrebungen an der völligen Theilnahmlosigkeit der Massen scheitern zu lassen: das bekannte Recept des „Todschweigens“ sollte zur Anwendung gebracht werden. Durch die Andeutung, man werde sich der Wahl enthalten, gedachten die Gegner die Fortschrittspartei einzuschläfern. Im entscheidenden Augenblicke hätte dann die Regierung nur nöthig gehabt, die Wahlordres auszugeben und die gouvernementalen Candidaten wären ohne namhaften Widerstand mit Hilfe der Beamten und Bürgermeister durchgebracht worden. Die Fortschrittspartei aber wußte dieser Falle zu entgehen, sie organisirte sich nach Kräften, ein Landesauschuß trat zusammen, man bemühte sich, Bezirkscomités zu Stande zu bringen, Volksversammlungen wurden abgehalten, Flugschriften vertheilt; die Theilnahme der Bevölkerung war auf diese Weise bald geweckt und alle andern Parteien erkannten, daß sie ins Feld rücken müßten, wenn die Fortschrittspartei dasselbe nicht behaupten sollte. Der erste Sieg, der über die Indifferenz der Massen und das Todschweigssystem der Gegner, war von der nationalen Partei glücklich errungen.

Die Lebenskraft derselben zeigte sich bald aber auch darin, daß in sämtlichen sechs Wahlbezirken bestimmte Parteiprogramme und bestimmte liberale Candidaten aufgestellt wurden. Die Gegner mußten sich gleichfalls zusammenschließen, um diese Candidaten gemeinsam zu bekämpfen. So erhielten die Wahlen überall den Charakter eines Kampfes zwischen der Fortschrittspartei und den Coalitionen der Gegner, die sich zwar nach dem bei ihnen durchschlagenden Moment der ausschließlichen Fachmäßigkeit die Candidaten ausgesucht hatten, nirgends aber eine einheitliche Masse darstellten. Auch die Regierung war lediglich in die Defensive gedrängt, ihre Bewegungen wurden von Berlin aus streng und eifersüchtig überwacht. Nichtsdestoweniger kann sie sich rühmen, bei den Wahlen kein Mittel unversucht gelassen zu haben. Unter den hessischen Wahlbezirken nimmt Mainz die erste Stelle ein. Mainz ist zwar nicht die Hauptstadt, aber doch die erste Stadt des Landes. In Mainz lagen alle Bedingungen für die verschiedenartigsten selbständigen Parteibildungen reichlich vor; der Einfluß der Regierung ist verschwindend

gering neben dem der übrigen Elemente, die sich hier zur Geltung bringen können. Mainz ist der einzige Ort in Hessen, wo sich die demokratische oder Volkspartei zu etwas mehr als einer soldatenlosen Schaar von Führern erhoben hat. Diese demokratische Partei war es, die in Mainz die Führung im Wahlkampf gegen die Fortschrittspartei übernahm. Wie selten wahrhaft parlamentarische Talente bei uns vorkommen, hat sich in der Parteigeschichte mit merkwürdiger Deutlichkeit gezeigt. Der Sturm von 1848 und die auf diesen folgende Reaction hatte beinahe alle hervorragenden Führer der populären Partei aus der politischen Carrière und in das Ausland getrieben; an einem Nachwuchs fehlte es gänzlich. So trat in die verwaiste Stelle eines mainzer Volkstribuns zu Ende der fünfziger Jahre Advokat Dumont ein, ein Mann, der neben den Koryphäen von 1848 niemals zur Geltung gekommen war. Bis zum Jahre 1866 mit den Führern des Nationalvereins verbunden, wandte Dumont sich nach der Krisis der antipreußischen Partei zu. Sein unpraktischer Sinn konnte sich mit den Ereignissen des großen Jahres nicht versöhnen: sein politisches Wirken ist demgemäß mehr ein fortgesetzter Protest gegen die Vergangenheit als eine Thätigkeit für die Gegenwart und Zukunft gewesen. Dumont ist eine aristokratisch angelegte Natur, und die Schärfe, mit der er die Fortschrittspartei bekämpft, während gegen die alten Parteien bereitwilligste Schonung zur Schau getragen wird, hat ihn, den angeblichen Demokraten, zum verhätschelten Liebling aller reactionären und antinationalen Parteien des Landes gemacht. Ja, Herr v. Dalwigk hat durch eine Serie von, freilich refusirten, Einladungen Annäherung an ihn versucht und ihn in der Kammer Sitzung im pointirten Gegensatz gegen die Fortschrittspartei seiner Hochachtung versichert. Die Fortschrittspartei hatte für Mainz gleichsam ihren geborenen Kandidaten in der Person von Ludwig Bamberger. In die Ereignisse von 1848 und 1849 griff er als blutjunger Accessist ein, redigirte die Mainzer Zeitung und war in Volksversammlungen u. s. w. unermüdlich thätig. An dem verfehlten pfälzischen Aufstand theilhaftig, mußte er fliehen, wurde in contumaciam als Hochverräther verurtheilt, ging dann nach Paris, wo er in ein Bankgeschäft trat und sich ein beträchtliches Vermögen erwarb. Im Jahre 1866 wurde er amnestirt. Wie viele der ins Ausland geflüchteten Republikaner des Jahres 1848, wandte Bamberger sich der Seite zu, von der aus endlich einmal die Phrase von deutscher Einheit in die Wirklichkeit übersezt wurde. Wäre der Kampf zwischen den liberalen Fractionen allein auszufechten gewesen, an dem Siege L. Bambergers wäre nie zu zweifeln gewesen. Es schien anfangs wirklich, als ob die ultramontane Partei sich jeder Einmischung in die Wahlen enthalten wolle. Dazu kam, daß Dumont dieser Partei unliebsam war, er hatte einen Haupttheil seines liberalen Ansehens dem Kampfe gegen ultramontane Ueber-

griffe, namentlich seinem energischen Protest gegen Duldung der Jesuiten in Mainz zu danken. Allein der Haß der Ultramontanen gegen Preußen überwog den Widerwillen gegen den Gegner der Hierarchie, der überdies, aus einer gutkatholischen Familie stammend, nie unter die definitiv Verlorenen gezählt worden war. So erlebte Mainz das seltsame Schauspiel, die Führer der klerikalen Partei in einem öffentlichen Aufruf den bisher verkehrten Gegner als den würdigsten Kandidaten zum Zollparlament empfehlen zu sehen. Diese Partei, die vor der Ernennung des Herrn von Kettler zum mainzer Bischof gar nicht existirt hatte, ist heute vortrefflich organisirt und verfügt über eine große Stimmenzahl. Um ihrerseits nicht hinter den neuen Bundesgenossen zurückzubleiben, ließen die Demokraten die Herren Bebel und Liebknecht aus Leipzig kommen. Im s. g. Akademiesaal des alten kurfürstlichen Schlosses ergingen diese Männer sich abwechselnd in Schmähungen gegen die nationale Partei und in patriotischen Wünschen für ein zweites „Jena.“ Der Erfolg dieser Bemühungen stand aber in directem Gegensatz zum Zweck derselben. Einer gebildeten Bevölkerung, zumal einer, bei der der Humor so reich entwickelt ist, wie bei der Einwohnerschaft von Mainz, konnte die unwillkürliche Komik, welche das Auftreten der beiden Reichstagsdiokuren charakterisirte, nicht entgehen. Sie wurden ausgelacht und damit war ihr Loos und das ihrer Mandanten entschieden. Alles, was mit der Regierung hielt, wühlte für den Kandidaten der Demokratie ebenso eifrig, wie das Heer der Clericalen. Das Kreisamt Mainz hat zwar öffentlich erklärt, nur Verleumdung habe ihm Schuld gegeben, amtliche Stimmzettel für Dumont versandt zu haben; daß diese Zettel von niederen Regierungsbediensteten eifrig vertheilt wurden, ist und bleibt aber Thatsache. Während sich die Parteien in der Stadt Mainz gerüftet gegenüberstanden, war die Stimmung im mainzer Landbezirk noch immer eine schwankende. Aber auch hier war Bambergers persönliches Erscheinen maßgebend. Mehrfach traten beide Kandidaten in ländlichen Volksversammlungen vor die Wähler, aber überall blieb der Vortheil auf Seiten Bambergers. Die Landbevölkerung gab auch schließlich den Ausschlag für seine Wahl.

Einen erregteren Tag als den 19. März 1868 hat Mainz lange nicht gesehen. Neben Dumont und Bamberger war noch ein Candidat der Lassalleaner aufgestellt worden. Vom Bischof bis zum geringsten Tagelöhner herab hatte jedermann Partei ergriffen und am Abende dieses Tages waren die Leidenschaften so erhitzt, daß Schlägereien nur mit Mühe vermieden werden konnten und der Candidat der Fortschrittspartei vor einem schreienden Pöbelhaufen in seine Wohnung flüchten mußte. Das Ergebnis war, daß bei mehr wie 12,000 abgegebenen Stimmen Bamberger eine Minorität von 500 Stimmen in der Stadt Mainz hatte, im ganzen Bezirk aber über seine beiden

Gegner mit etwa 50 Stimmen Majorität siegte. Es war ein mühselig erungener Sieg, an dessen Möglichkeit man oft verzweifeln wollte. Höhnisch und siegesgewiß hatten die vereinten Gegner dem Fortschrittscandidaten schon vorher das Grablied gesungen:

Schmerzhafter noch als der Verlust von Mainz traf die Gegner der Sieg des Abgeordneten Mez im Wahlbezirk Bingen-Alzey. Mez kann zur Zeit von sich sagen, daß er einer der bestverläumdeten Männer in Deutschland ist. Er ist den Regierungsanhängern verhaßter als irgend ein anderes Glied der Fortschrittspartei. Schon weil Mez mit allen Details der hessischen Reaction genau bekannt ist, kam es den Gegnern darauf an, diesen Mann um jeden Preis vom Zollparlament fern zu halten. Um dem Kampf gegen Mez zunächst den Anschein eines politischen zu nehmen und ihn von seiner eignen Partei zu isoliren, stellten ihm seine Gegner einen Gegencandidaten in der Person eines andern Fortschrittmannes, des angesehenen Abgeordneten George entgegen, von dem man namentlich rühmte, daß er die Interessen des rheinhessischen Weinbaus im Zollparlament vertreten werde. George hatte die Schwäche, diese Intrigue nicht von vornherein abzuschneiden. Das Resultat ergab nichtsdestoweniger einen überwältigenden Sieg des Abg. Mez, dem über 10,000 Stimmen zufielen, während George deren 5000 erhielt. In diesem Wahlbezirk, der ungefähr 90,000 Seelen umfaßte, ist am stärksten abgestimmt worden.

In der Residenzluft zu Darmstadt hatte sich als das Ergebnis des Jahres 1866 eine s. g. liberal-conservative Partei aufgethan, eine Partei, aus jüngeren strebsamen Beamten zusammengesetzt, die sich die schwierige Aufgabe gesetzt hat, zugleich das Ministerium Dalwigk zu unterstützen und den Eintritt Südhessens in den Nordbund anzustreben. Das erstere zu thun ist der praktische Theil ihrer Thätigkeit, nach der andern Seite bleibt es bei der bloßen Idee und Phrase. Dieser liberal-conservativen Partei (der Herr v. Dalwigk wegen der Dienste, die sie thut, ihre nationalen Velleitäten zu gute hält) überließ die Regierung den Wahlkampf für die Provinz Starkenburg. Das eigentliche Organ der Regierung, die Hessischen Volksblätter, erklärten zwar auch die Candidaten der Liberal-Conservativen für verschämten Fortschritt, gaben ihren Gläubigen aber doch den Wink, in Ermangelung eines besseren für diese „Verschämten“ und gegen die Fortschrittscandidaten zu stimmen. Die Darmstädter Zeitung, ein Journal, das mit Zwangsabonnement arbeitet, wurde den Liberal-Conservativen zur Verfügung gestellt. Die Geschichte der Wahlkämpfe, in welchen diese Partei ihre Kräfte versuchte, ist im ganzen eine sehr einförmige. Die Partei verstärkte ihr vermittelndes politisches Programm durch den Zusatz: Fachmänner; die Bürgermeister, die in Hessen-Darmstadt von der Regierung und zwar auf einige Jahre ernannt

werden, wurden als Agenten enröllirt, Gensdarmen, Feld- und Flurschützen mit Wahlzetteln in Bewegung gesetzt und drei auf diesen Apparat gestützte conservativ-liberale Beamte aufgestellt: Obersteuerrath Fabrizius für Darmstadt, der Secretär des Landesgewerbevereins Fink für den Odenwald, der Secretär der landwirthschaftlichen Vereine Kremer für Offenbach-Dieburg. Die Fortschrittspartei hatte für Darmstadt den Abgeordneten Karl Johann Hoffmann vorgeschlagen, einen Mann von erprobter politischer Charakterfestigkeit und hervorragender finanzieller Tüchtigkeit. Derselbe unterlag gegen den Candidaten der Bürgermeister mit einigen hundert Stimmen. Die s. g. Demokratie stellte in der Person eines Herrn Stuttmann einen ganz aussichtslosen Candidaten auf, dem schließlich im ganzen etwa 300 Stimmen zufielen, benutzte diese Candidatur aber nur als Vorwand, um mit Unterstützung der frankfurter Blätter und des bekannten L. Sonnemann von Frankfurt einen Sturm von Angriffen und Beschimpfungen gegen die Fortschrittspartei zu entfesseln. Selbst die Hilfe der Herren Bebel und Liebknecht wurde zum zweitenmal angerufen. Dieselben hielten vor der Blüthe der darmstädter Reaction unter deren stürmischem Beifall Reden über die Niedertracht des Nordbundes und jener Nationalliberalen, die sich nach der Beschreibung dieser Freiheitsapostel ausschließlich im Vorzimmer des Grafen Bismarck aufhielten. Die officiöse Darmstädter Zeitung erklärte sodann, Bebel und Liebknecht hätten die Nationalliberalen in unübertrefflicher Weise charakterisirt! In Darmstadt selbst erhielt der demokratische Candidat 63 Stimmen. Für den Odenwald waren von verschiedenen Seiten zwei fortschrittliche Candidaten in Vorschlag gebracht worden, Fabrikant Bückner und Abgeordneter Advokat Dernburg, ersterer mehr die demokratische Seite, letzterer mehr die Nothwendigkeit des nationalen Standpunkts betonend. Die Freude der Gegner über diesen angeblichen Zwiespalt im nationalliberalen Lager war aber eine kurze, denn im Landesausschuß verständigte man sich schnell dahin, daß Dernburg zurücktrat und Bückner als der einzige Candidat der Partei proclamirt wurde. Trogdem daß der Regierungstrog, die Standesherrn und die katholischen Geistlichen mit aller Macht für Fink und gegen Bückner wirkten und daß die Wahlagitation durch die große Zersplitterung der Einwohner in eine Masse kleiner Ortschaften unendlich erschwert war, erhielt Bückner über 6000 Stimmen, der Gegencandidat deren nur 700 mehr. Im Wahlbezirk Offenbach-Dieburg glaubte die reactionär-ultramontane Partei sich stark genug, um selbständig und isolirt vorgehen zu können; sie schob den Candidaten der Liberal-Conservativen bei Seite und stellte in Franz Freiherrn von Wambolt-Umstedt einen eignen Candidaten auf. Freiherr von Wambolt war längere Zeit in der hessischen Diplomatie in Paris und zuletzt in Berlin beschäftigt gewesen.

Wie verlautete, hatte Preußen sich aber die weitere Zusendung dieses Staatsmanns verboten, und statt desselben einen wirklichen Arbeiter verlangt. Trotzdem, daß die Clerikalen den auf sie fallenden Theil der Wahlbewegung mit einer Versammlung zum Schutze des Papstthums und einem Wallfahrtstage verbunden hatten, erhielt v. Wambolt nur 4000 Stimmen, der liberal-conservative Krämer gar nur 1400, ein Lassalleaner ein paar Hundert der Candidat der Fortschrittspartei, Fabrikant Kugler aus Offenbach, aber schon im ersten Wahlgang die absolute Majorität mit über 8000 Stimmen.

Im Wahlbezirke Worms-Heppenheim war innerhalb der Fortschrittspartei eine Spaltung eingetreten. Ein Theil derselben entschied sich für Regierungsrath Pfannebecker, einen Altliberalen, der das Programm der Fortschrittspartei acceptirt hatte und als Gegner des Dalwigkschen Systems bekannt war. Einem anderen Theil der Partei aber war seine Verbindung mit der Regierung und seine Theilnahme an einem früheren reactionären Landtag anstößig und dieser stellte ihm in der Person des Advokaten Finger eine Persönlichkeit von hervorragender politischer Bedeutung entgegen. Nichtsdestoweniger siegte der in dem Bezirk als großer Grundbesitzer und Verwaltungsbeamter festgewurzelte Pfannebecker mit mehr wie 7000 Stimmen über Finger, der deren 3000 erhielt.

Zieht man das Facit der hessischen Wahlen, so ergibt sich, daß sämtliche Gewählte den Eintritt Südhessens in den Nordbund befürworteten, und daß nur in zwei Wahlbezirken wirkliche Gegner der nationalen Sache aufgestellt werden konnten und daß diese trotz aller Regierungsunterstützung unterliegen mußten. Für die Candidaten der Fortschrittspartei fielen etwa 44000 Stimmen, für die Candidaten der Liberalconservativen ca. 12000, für die Demokraten 6500, für die ultramontanen Candidaten ca. 4500, für die Lassalleaner etwa 1000 Stimmen. Diese Zahlen geben zwar nur ein äußerliches Bild der Sachlage, immerhin darf aus denselben aber gefolgert werden, daß die national gesinnte Fortschrittspartei in Hessen-Darmstadt stärker ist, als alle anderen Parteien zusammen.

### Der großdeutsche Mythos vom Treffen bei Langensalza.

Die officiellen Kriegsgeschichten des preussischen und österreichischen Generalstabs, das Werk von Blankenburg, E. Knorr, der Feldzug des Jahres 1866 in West- und Süddeutschland, haben neben einer ganzen Reihe ähnlicher Darstellungen während der letzten Monate die Erinnerung an die Zustände der Kriegswochen sehr lebendig gemacht. In den letzten Tagen aber hat der